

*Manfred Knoche*

**Medienkonzentration als Macht- und  
Legitimationsproblem für Politik und Wissenschaft  
Kritisch-empirische Konzentrationstheorie versus apologetisch-  
normative Wettbewerbstheorie**

„Für kapitalistische Unternehmen sind weder Wettbewerb noch Wettbewerbsfähigkeit Zielparame- ter: sie orientieren sich an einer maximalen Rendite. [...] Insofern streben sie auch nicht nach Wettbewerbsfähigkeit, sondern nach Wettbewerbsüberlegenheit. Sie wollen die Konkurrenten ausschalten und insofern den Wettbewerb abschaffen. Dabei nehmen sie auch staatliche Unterstützung in Anspruch. Sie wird als Politik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit eingefordert, auch wenn es sich um Politik zur Abschaffung oder Verminderung des Wettbewerbs [...] handelt.“

(Huffs Schmid 1992: 104f.)

„Betrachtet man die Schwierigkeiten, bereits auf europäischer Ebene zu einer Eindämmung der Konzentrationsprozesse zu kommen, so ist es nicht verwunderlich, dass auf globaler Ebene keinerlei Möglichkeiten erkennbar sind, dem aktuellen Stand der Konzentration weltweit agierender Multimediaunternehmen regulativ nach-, geschweige denn beizukommen.“

(Kleinsteuber/Thomaß 2004: 154f.)

„Alles liegt so nahe beieinander, daß die Konzentration des Geistes ein Volumen erreicht, das es ihr erlaubt, über die Demarkationslinie der Firmentitel und technischen Sparten hinwegzurollen. Die rücksichtslose Einheit der Kulturindustrie bezeugt die heraufziehende der Politik.“

(Horkheimer/Adorno 1947: 131)

Medienkonzentration ist ein Problemkomplex der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, der in Anbetracht einer Vielzahl von Publikationen als relativ „gut erforscht“ gelten kann. Bei näherem Hinschen wird allerdings eine Reihe von theoretischen, methodischen und empirischen Forschungsdefiziten erkennbar (Knoche 1996a: 117ff.). Im Folgenden soll deshalb der Forschungsbereich Medienkonzentration zusammenfassend vor allem im Hinblick auf zwei wissenschaftliche und politische Problembereiche reflektiert werden:

- Wettbewerbs- versus Konzentrationstheorie im Kontext von Macht- und Legitimationsproblemen privatwirtschaftlicher Medienproduktion sowie
- Möglichkeiten einer ursachengerechten „Konzentrationsbekämpfung“ auf Basis einer kritisch-empirischen Konzentrationstheorie.

### 1. Macht- und Legitimationsproblematik

Je mehr Markt und Wettbewerb im Zuge der weltweiten neoliberalen Privatisierungspolitik zur „Durchkapitalisierung“ aller Lebensbereiche (Röttger 1997: 18f.) als die alleinigen Steuerungsmittel für Wirtschaft und Gesellschaft propagiert und durchgesetzt werden, desto mehr stößt das marktwirtschaftliche System schon seit längerem an seine Legitimationsgrenzen (Huffs Schmid 1969: 67ff.; Offe 1972: 27ff.; Welteke 1976: 88ff.), da die realen Konzentrationsprozesse erkennbar in erheblichem Widerspruch zu den nach wie vor verbreiteten Theorien des klassischen Liberalismus stehen. Um diese für kapitalistische Demokratien grundlegenden Legitimationsprobleme zu minimieren, bemühen sich die Staaten und Staatengemeinschaften im Einklang mit der hochkonzentrierten Wirtschaft, mit Mitteln der Wettbewerbspolitik und Konzentrationskontrolle die Konzentration in den *flexiblen* Grenzen eines marktwirtschaftlichen Legitimationsrahmens zu halten.

Insbesondere seit die Staaten sogar in erheblichem Maße – nicht zuletzt auch für die Medienindustrie – vehement Konzentrationsförderung statt Konzentrationskontrolle betreiben (Knoche 1996b, 1997b), haben Staat und Wirtschaft einen erhöhten Bedarf an systemgerechtem wissenschaftlichem Beistand, mit dessen Hilfe vergangene und zukünftige Konzentrationsprozesse in der gewünschten Weise legitimiert werden können. In diesem Interessenzusammenhang erfüllen die regelmäßig angepassten wirtschaftswissenschaftlichen Wettbewerbstheorien die Funktion, den Legitimationsrahmen in der Art zu verschieben, dass Formen und Ausmaß der jeweils erreichten Konzentration in geeigneter Weise wettbewerbstheoretisch und daran orientiert wettbewerbspolitisch legitimiert werden können. Wettbewerbstheorie fungiert somit als Ideologie zur Legitimierung bzw. Verschleierung der Konzentration von wirtschaftlich-politischen Herrschafts- und Machtverhältnissen (Knoche 1997a: 131ff.).

### Marktwettbewerb und Macht

**"Wenn sich schon irgendwo Macht ansammelt, die man nicht beseitigen kann, empfiehlt es sich dann nicht, diese Macht in die schwächsten Hände zu legen, die es gibt, nämlich in die Hände von Privatpersonen?"**

(Franz Böhm: Die Aufgaben der freien Marktwirtschaft. 1951, S. 60)

**"Der Wettbewerb ist das großartigste und genialste Entmachtungsmittel der Geschichte. Man braucht es nur zu beschwören, alle andere Arbeit leistet es allein."**

(Franz Böhm: Demokratie und ökonomische Macht. 1961, S. 22)

Franz Böhm = einflussreicher neoliberaler Wirtschaftstheoretiker in der Aufbauphase der BRD  
Beide Zitate nach Marianne Welteke: Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. 1976, S. 39f.

Abb. 1

Wirtschaftswissenschaftliche Legitimierungsbemühungen zum Zusammenhang von Privatwirtschaft, Marktwettbewerb und Macht, wie sie zum Beispiel in der Aufbauphase der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg vom theoretisch einflussreichen Wirtschaftswissenschaftler Franz Böhm (Abb. 1) vorgelegt wurden, erscheinen heute in mehrfacher Hinsicht als „unglaublich“. Sie wurden aber offensichtlich in der damaligen Phase der Entwicklung einer „freien Marktwirtschaft“ als ausreichende theoretische Legitimationsbasis angesehen. Als „unglaublich“ erscheint die Empfehlung, dass Macht, die man nicht beseitigen kann(!), ausgerechnet in die Hände von Privatpersonen (genauer gesagt: Privateigentümer an Produktionsmitteln) als die „schwächsten Hände“ gelegt werden soll. Als „unglaublich“ erscheint auch die „wissenschaftliche“ Empfehlung, man brauche den Wettbewerb als „das großartigste und genialste Entmachtungsmittel der Geschichte“ nur zu beschwören, alles andere leiste er alleine.

Ausgangspunkt meiner Überlegungen ist – ähnlich wie derjenige von Meier/Trappel (2002: 66ff.) – ein gänzlich anderer Zusammenhang von Medienkonzentration sowie ökonomischer, publizistischer und politischer Macht (Kno-

che 1997a: 130f.). Die *ökonomische* Macht der Medienunternehmen erstreckt sich auf der allgemeinen Basis von Privateigentum, Gewinnmaximierung, Absatzmarketing und konzentrationsauslösendem Wettbewerb auf Kapital-, Arbeits-, Beschaffungs-, Werbe- und Medienmärkte (Abb. 2). Die damit verbundene *publizistische* Macht bezieht sich auf Journalisten und Programmierer und deren Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten der Vermittlung von Information, Meinung, Legitimation und Ideologie. Schließlich bezieht sich die daraus entstehende *politische* Macht auf alle Bürger, Organisationen, Parteien und den Staat. Diese gesellschaftlich bedeutsame Machtkonzentration ist – so muss zur Vermeidung von Illusionen betont werden – wegen der durch Eigentumsrechte, wirtschaftliche Freiheiten und zusätzlich durch Pressefreiheitsgarantien abgesicherten, fast unbeschränkten Autonomie der Medienunternehmen im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem im Kern nicht kontrollierbar (Stammer 1971: 77) und grundsätzlich irreversibel, also nicht abbaubar.

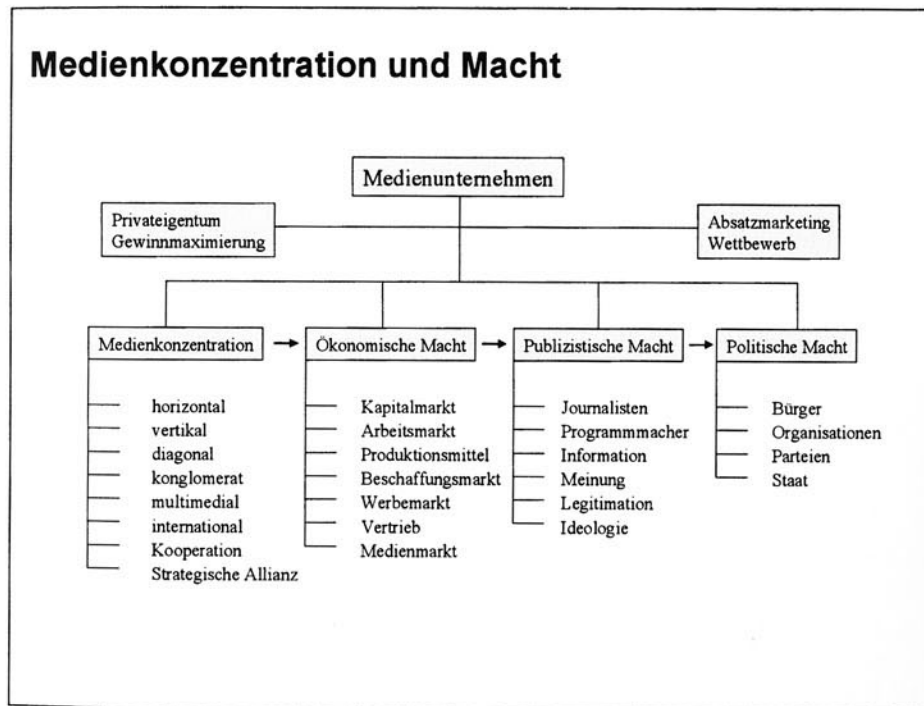


Abb. 2

Die Konzentrationsentwicklung von Industrien, Branchen und Märkten wird weltweit regelmäßig wissenschaftlich dokumentiert. Dies gilt auch für die Medienindustrie (z.B. Hachmeister/Rager 2002; KEK 2004; Kleinsteuber/Thomaß

1996, 2004; Röper 2004a, 2004b; Schneider/Schütz 2004; Vogel 2004). Die dadurch vielfach empirisch belegte Medien(markt)konzentration wird – abgesehen von interessenorientierter wissenschaftlich gestützter Apologetik von Seiten der Medienunternehmen – in der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in der Regel mehr oder weniger *kritisch* gesehen. Diese Dokumentationen wirken jedoch oftmals – vermutlich zumeist entgegengesetzt zu den kritischen Absichten der Dokumentaristen – in der Art von „Rankings“ und „Hitparaden“ zur Demonstration von anerkannter Größe und Macht. Kritik beschränkt sich demzufolge oft auf einen eher moralisierenden, kulturpessimistischen „kritischen Unterton“ oder auf das öffentliche Vergießen von „Krokodilstränen“, so zum Beispiel jüngst im Umfeld von Jubiläumsfeiern zu „20 Jahre privater Rundfunk in Deutschland“ (Kiefer 2004b: 558).

Aus kritischer wissenschaftlicher und politischer Sichtweise ist deshalb zunächst einmal festzustellen:

- ein *Mangel an theoriegeleiteter Analyse* der Medienkonzentrationsprozesse und damit verbunden
- ein *Mangel an grundsätzlicher Kritik*, die diese Prozesse hinsichtlich ihrer *Ursachen* und *Folgen* wissenschaftlich *erklären* und *prognostizieren* kann, sowie auf dieser Basis
- ein *Mangel an geeigneten Veränderungskonzepten* („Alternativen“) mit konkreten *politischen Handlungsmöglichkeiten*.

## 2. Legitimation von Konzentration und staatlicher Konzentrationsförderungs politik durch wechselnde wettbewerbstheoretische Leitbilder

Zusammenfassend kann die Regelhaftigkeit und weitgehende Unausweichlichkeit fortschreitender nationaler und internationaler Medienkonzentration schematisch nach Konzentrationsarten – horizontal, vertikal, pressediagonal, mediendiagonal und konglomerat/vertikal – für alle Mediensektoren dargestellt werden (Abb. 3). Hierbei kommt gleichermaßen ein alle Mediensektoren übergreifender Markt- und Kapital-Konzentrationsprozess zum Ausdruck, der sich vorrangig in der Entwicklung von Pressekonzernen zu Multimedien- und Kommunikationskonzernen manifestiert.

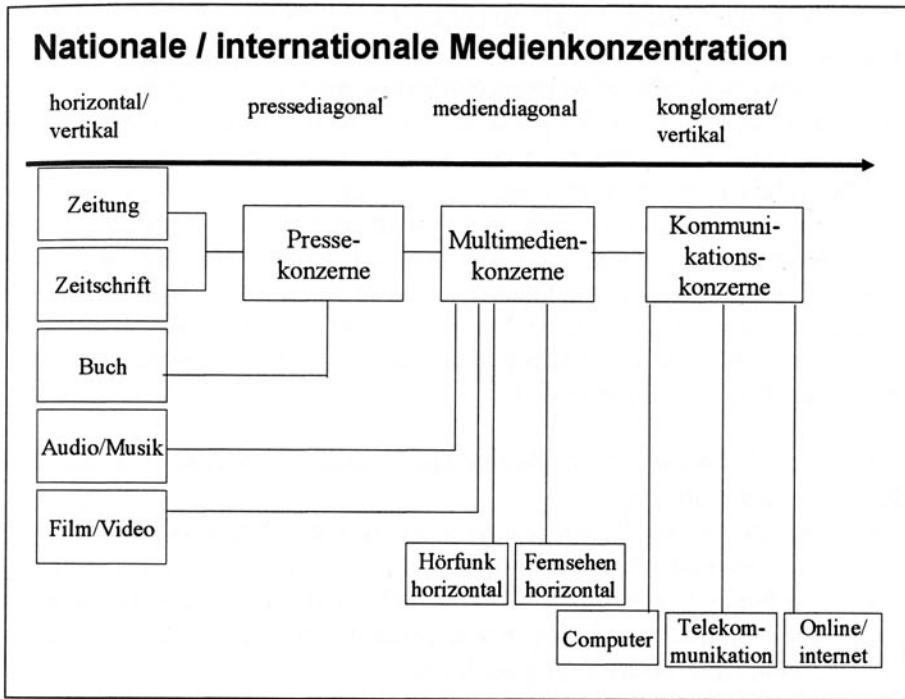


Abb. 3

Die Entwicklung von wechselnden wettbewerbstheoretischen Leitbildern kann im Wesentlichen als eine Geschichte von Konzentrations-Rechtfertigungs-Ideologien gekennzeichnet werden (Knoche 1997a: 131 ff.). Vollzogen wird dabei jeweils eine Anpassung der Theorien an die jeweiligen Konzentrationsrealitäten unter Aufrechterhaltung des Prinzips Wettbewerb als *positivem* Leitbild. In diesem Kontext ist die Propagierung der Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein „Evangelium der Wirtschaftstheorie und Joker jeder wirtschaftspolitischen Diskussion.“ (Huffschild 1992: 97)

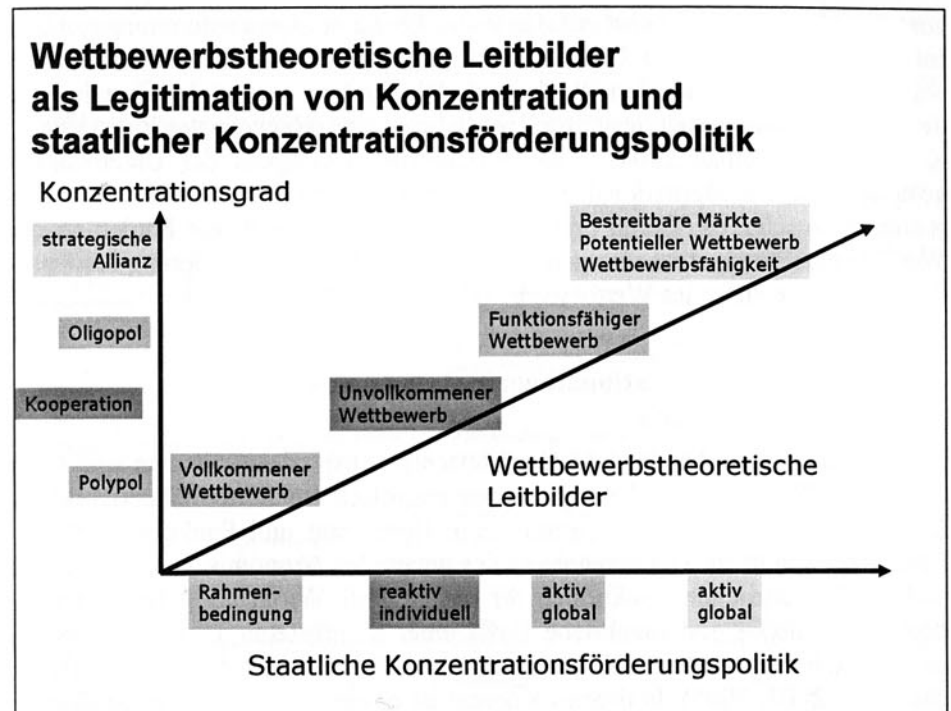


Abb. 4

Bislang lassen sich vier Etappen (Abb. 4) der Leitbild-Entwicklung als Prozess der Legitimierung von wachsenden Konzentrationsgraden der Wirtschaft und darauf bezogener zunehmender aktiver Konzentrationsförderungs politik des Staates feststellen (Knoche 2004: 161f.). All diese Leitbilder wurden im Kontext von Theorien des Liberalismus entwickelt, des Alt-, Neo- oder Ordo-Liberalismus. Sie unterscheiden sich jedoch darin, in welchem Maße sie bestimmte Grade an Unternehmens- und Markt-Konzentration als *notwendig* für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung darstellen und damit Konzentrationsförderungs politik des Staates *legitimieren*. Erkennbar ist eine Entwicklung weg von „naiver“, als realitätsfern eingestufte „altliberaler“ Theorie des vollkommenen Wettbewerbs und auch weg vom von Unternehmenseite als störend empfundenen Antimonopolismus des Ordo-Liberalismus hin zur Wachstums- und Globalsteuerungsorientierung eines funktionsfähigen Wettbewerbs und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, die vorübergehend auch an die von Keynes kreierte „Neue Wirtschaftslehre“ angelehnt wurden (Welteke 1976: 88 ff., 131 ff.).

In dem schon seit den 1970er Jahren in Deutschland vorherrschenden Konzept des *funktionsfähigen* Wettbewerbs (Herdzina 1999: 33 ff.) werden Kon-



zentrationsprozesse zunächst auf nationaler Ebene in Übereinstimmung mit den Interessen der beteiligten Unternehmen als notwendig und vorteilhaft für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit propagiert. Im Grunde wird damit – wie empirisch unschwer zu belegen ist (Hachmeister/Rager 2002; Kleinsteuber/Thomaß 2004) – die *Konzentrationsfähigkeit* der Unternehmen gefördert, um im internationalen Konkurrenzkampf zu gewinnen, d.h. Konkurrenten auszuschalten. Daran orientierte Regulierungspolitik zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit ist also generell eine Politik zur Verminderung bzw. partiellen Ausschaltung des Wettbewerbs (Huffschmid 1992: 104 f.).

### 3. Kritische Konzentrationstheorie statt apologetische Wettbewerbstheorie

Vergangene und zukünftige Medienkonzentrationsprozesse können nur dann wissenschaftlich „verstanden“ und einer empirisch fundierten Theoriebildung zugänglich gemacht werden, wenn deren Bedeutung und Funktionen für die Medienwirtschaft im Zusammenhang der generellen ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Funktionen für die gesamte Wirtschaft reflektiert werden. Methodische und inhaltliche Basis einer so gearteten Theoriebildung ist eine kapitalismuskritische „Kritik der politischen Ökonomie der Medien“ (Knoche 2001, 2002, 2005). In diesem Kontext ist es eine wissenschaftliche Zielsetzung, die im Interesse des grundsätzlichen Fortbestehens der kapitalistischen Produktions- und Lebensverhältnisse *notwendigen* ökonomischen und politischen Funktionen von Medienkonzentration im generellen Zusammenhang der gesellschaftlichen Macht-, Zugangs- und Verteilungskonflikte kritisch zu betrachten.

Ein Kernpunkt dieses Ansatzes ist die Entwicklung einer kritisch-empirischen Medienkonzentrationstheorie in der Kommunikationswissenschaft, die an die Stelle der apologetisch-normativen wirtschaftswissenschaftlichen Wettbewerbstheorien tritt (Abb. 5). Zur Legitimierung von Markt und Wettbewerb als Regulierungsinstrumente der Wirtschaft wird durch diese Wettbewerbstheorien Wettbewerb normativ in einer *Soll-Funktion* als *positives* Leitbild propagiert. Ökonomischer Wettbewerb führt dabei angeblich zu positivem Marktwettbewerb und, im Falle der Medienindustrie, auch zu publizistischem Wettbewerb und publizistischer Vielfalt. Empirisch feststellbare Konzentration in Form von Wettbewerbsbeschränkung, Marktbeherrschung, Fusionen etc. wird als Ausnahme von der Regel Wettbewerb definiert und als „funktionsfähiger“ Wettbewerb ebenfalls positiv bewertet, da dieser gleichfalls publizistischen Wettbewerb und publizistische Vielfalt bewirke. Staatliche Privatisierungs- und Wettbewerbspolitik sowie Konzentrationskontrolle sollen Wettbewerb fördern und den Marktwettbewerb sichern. Konzentrationsförderung und -legitimierung

sollen nur ausnahmsweise erfolgen und ebenfalls der Sicherung des Marktwettbewerbs dienen.

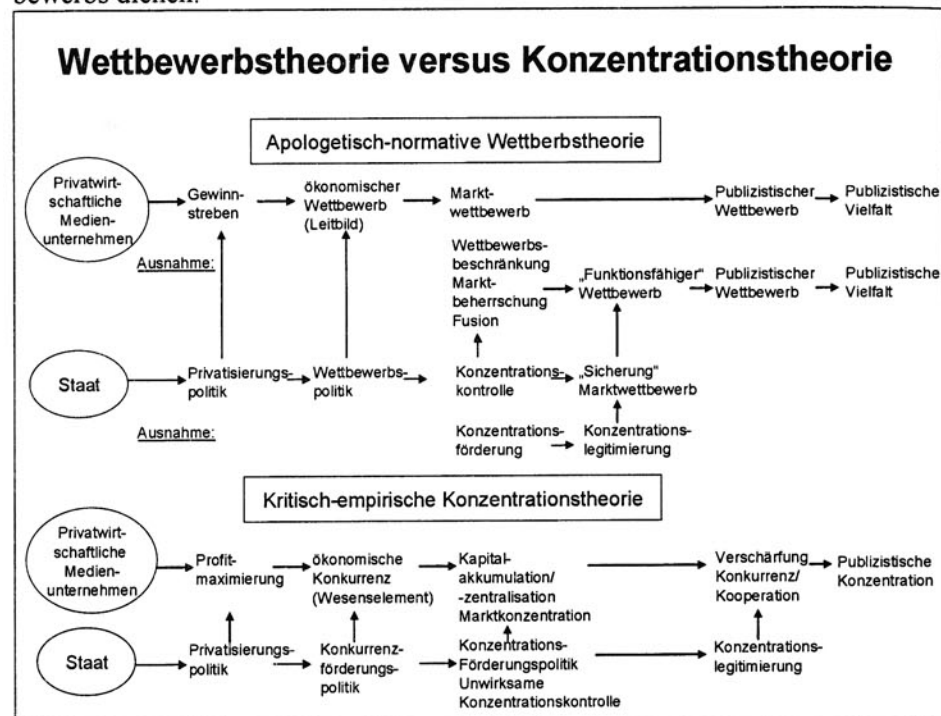


Abb. 5

Kennzeichen einer kritisch-empirischen Medienkonzentrationstheorie ist es dagegen, dass hierbei Konzentration in Form von Kapitalakkumulation und -zentralisation – im Gegensatz zu den wechselnden Wettbewerbstheorien – als *wesentliches Strukturmerkmal* kapitalistischer Wirtschaftssysteme gesehen wird. Konzentration wird damit auch nicht auf Marktkonzentration beschränkt, sondern die Markt- und Mediensektoren übergreifende Kapitalkonzentration und die damit verbundene politische und kulturelle Machtkonzentration stehen im Mittelpunkt der Betrachtung.

*Kritisch-empirisch* ist diese Konzentrationstheorie insofern, als die mit der Profitmaximierung verbundene *reale ökonomische Konkurrenz* zwischen privatwirtschaftlichen Medienunternehmen und deren daran ausgerichteten nationalen und internationalen Konzentrationsstrategien (z.B. Hachmeister/Rager 2002; Kleinsteuber/Thomaß 2004; Sjurts 2004) als *systematische Ursache* für Konzentrationsprozesse mit negativen Folgen für die Informations- und Meinungsvielfalt der Medien gesehen werden. Folglich wird die konkurrenzbedingte Kapital- und Marktkonzentration als *Regelfall* erkannt und *nicht* – wie es in

wirtschaftswissenschaftlichen Wettbewerbstheorien suggeriert wird – als vermeidbarer bzw. kontrollierbarer *Ausnahmefall*. Denn im wohlverstandenen Eigen-Interesse von Medienunternehmen an der optimalen Gewinnerzielung ist ein im Sinne der Wettbewerbstheorie „normativ-positiver“ Wettbewerb keineswegs ein erstrebenswertes Ziel, vielmehr ein mit allen Mitteln zu vermeidendes oder zu beseitigendes Hindernis. Konzentration, d.h. Verminderung oder Ausschaltung von Wettbewerb, ist folglich für Medienunternehmen wie für andere Wirtschaftsunternehmen ein *notwendiges* Mittel zur Existenzsicherung mit dem Ziel der Profitmaximierung (Huffschild 1992: 104f.).

Der in Wettbewerbstheorien propagierte Wettbewerb ist demnach etwas Kontraproduktives, Konkurrenz und die darüber vorangetriebene Konzentration dagegen sind unverzichtbare produktive Elemente für die Realisierung des Unternehmensziels, der Kapitalvermehrung. Die entwickelte Struktur von Medienmärkten, die durchgängig in Form von konzentrierten Märkten (z.B. Oligopole, Monopole, „Mogulisierung“, Globalisierung) sichtbar wird, erscheint dann nicht mehr als „vermeidbares Übel“, sondern als notwendiges Ergebnis von weltweiten Konkurrenz- bzw. Konzentrationsstrategien von Medienunternehmen in deren ureigenstem Interesse, zusätzlich im elementaren Interesse von Wirtschaft (Werbung) und Politik. Konzentration ist einerseits das Ergebnis von Konkurrenz-Ausschaltung, andererseits führt sie zur Verschärfung der Konkurrenz auf höherer Stufe zwischen den konzentrierten Unternehmen. Diese Konkurrenz wird, soweit und solange sie nicht durch „Niederkonkurrieren“ der verbliebenen Konkurrenten ausschaltbar ist, (vorübergehend) durch Kooperationen und strategische Allianzen in ihren für die Unternehmen ansonsten negativen Auswirkungen abgeschwächt. Gleichzeitig werden diese Allianzen für das weitere Vorantreiben der Konzentrationsprozesse genutzt. Schon ökonomische Konkurrenz, in besonderer Weise aber ökonomische Konzentration und verschärfte Konkurrenz sowie deren tendenzielle „Abschwächung“ durch Kooperationen und Strategische Allianzen bewirken publizistische Konzentration.

Staatliches Handeln wird in diesem Theoriezusammenhang, basierend auf Privatisierungs- und Wettbewerbspolitik, als *notwendige* Konkurrenz- und Konzentrationsförderungspolitik erkennbar. Konzentrationskontrolle wird in diesem Kontext *notwendigerweise* als unwirksame „Konzentrationsbekämpfung“ betrieben, da wirksame Kontrolle die für die erfolgreiche Kapitalvermehrung notwendigen Konzentrationsprozesse behindern würde, was ausgesprochen kontraproduktiv zu den erklärten gemeinsamen Interessen von Staat und Wirtschaft an „international wettbewerbsfähigen“ prosperierenden Unternehmen wäre. Ziel und Folge der Konzentrationsförderungspolitik ist die Konzentrationslegitimierung.

#### 4. Konkurrenz und Regulierung als Ursache von Konzentration

In einem erklärenden Zusammenhang von Konkurrenz, Konzentration und Regulierung in der Medienindustrie kann Konzentration als ein regelmäßig phasenhaft fortschreitender Prozess aufgezeigt werden. Dieser verläuft aufgrund der privatwirtschaftlichen Organisationsform der Medienunternehmen im Zusammenwirken mit staatlicher Privatisierungs- und Deregulierungspolitik im Rahmen des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems weitgehend zwangsläufig (Abb. 6).

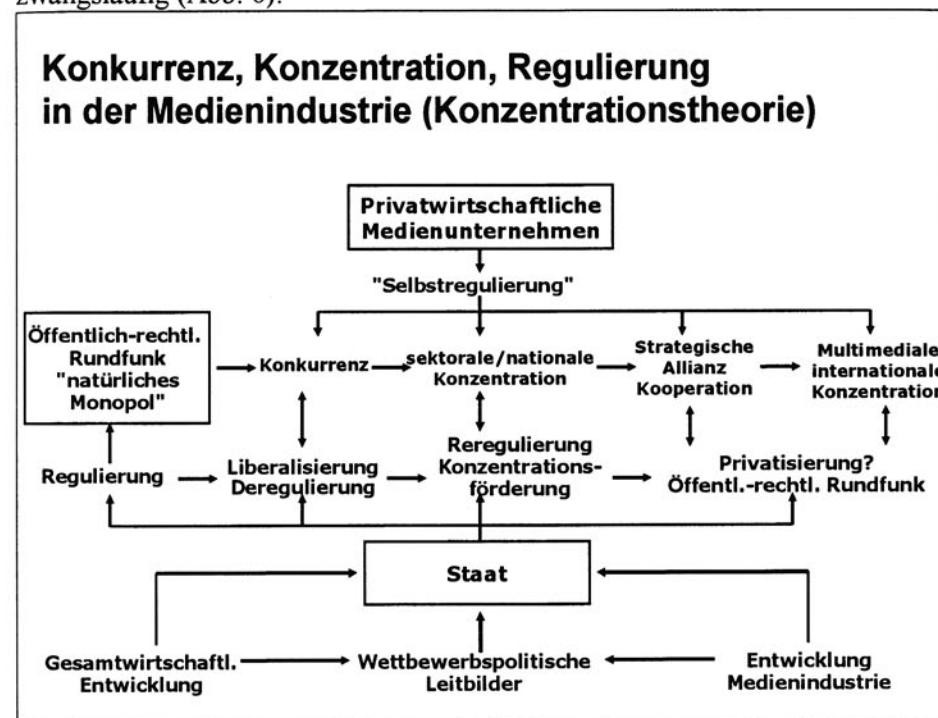


Abb. 6

Die Deregulierungspolitik ist keineswegs ein Zeichen für „weniger Staat“ oder staatliche Handlungsunfähigkeit, wie dies als „geschicktes ideologisches Manöver“ bzw. „billiger Populismus“ (Kisker 2000: 90f.) vielfach verbreitet wird. Die staatlichen De- und Reregulierungsmaßnahmen sind bestimmt von der gesamtwirtschaftlichen (Konzentrations-)Entwicklung, den darauf bezogenen Anpassungen der wettbewerbstheoretischen/-politischen Leitbilder und der Entwicklung der Medienindustrie. Entsprechend wird das Zusammenspiel von Medienunternehmen und Staat in drei hauptsächlichen Stadien gestaltet (Knoche 2004: 162ff.):

- Erstes Stadium: *Deregulierung (Liberalisierung)* des Staates durch gesetzliche Rahmenbedingungen zur "Befreiung" der Medienunternehmen von Gesetzen und Verordnungen, die als unzulässige Einschränkung wirtschaftlicher (Konzentrations-)Freiheiten angesehen werden.
- Zweites Stadium: „*Selbstregulierung*“ der Medienunternehmen mit wettbewerbsbeschränkenden Konzentrationsstrategien.
- Drittes Stadium: *(Re-)Regulierung* des Staates zur Förderung sektoraler/nationaler Konzentration, die über Strategische Allianzen zu einer multimedialen internationalen Konzentration führt.



Abb. 7

Als strukturelle, systemimmanente ökonomische *Ursachen* für die vielfältigen Konzentrationsaktivitäten der Medienunternehmen mit einer Vielzahl von negativen Folgen (Trappel/Meier 2002) können das Privateigentum an Produktionsmitteln sowie die (erfolgreiche) Anwendung des Profitmaximierungsprinzips und der Konkurrenzstrategien (Zerdick 1980) benannt werden (Abb. 7). Damit eng verbunden wirken zusätzlich als Ursachen von Seiten der Politik die Priva-

tisierungs-, Deregulierungs- und Konzentrationsförderungs politik, die in weitgehender Interessenübereinstimmung von Staat und Medienwirtschaft betrieben wird.

### 5. Ökonomische Konzentration als Ursache für publizistische Konzentration

Auf der Basis einer realitätsgerechten kritischen Medienkonzentrationstheorie ist die Beschreibung und Erklärung des Zusammenhangs von ökonomischer und publizistischer Konzentration und deren Beitrag zur Konstituierung individueller und gesellschaftlicher Bewusstseins-homogenität in der Bevölkerung möglich. Dieser Zusammenhang lässt sich in einem „Mehrfach-Trichter-Modell“ darstellen (Abb. 8): Wenige Kapitaleigner von wenigen multimedialen, miteinander verflochtenen Medienkonzernen lassen von einer Vielzahl abhängig Arbeitender in einer Vielzahl von Märkten eine Vielzahl von Medienprodukten produzieren, die als Titel- und Programm-„Vielfalt“ in Erscheinung treten.



Abb. 8

Diese Vielzahl wird bei der inhaltlichen Gestaltung von formal diversifizierten Medienprodukten auf eine relativ enge publizistische, kulturelle und politische



Basis-Homogenität reduziert (publizistische Konzentration). Diese Basis-Homogenität entspricht weitgehend den ähnlich „konzentrierten“ homogenen Bewusstseins-, Bedürfnis- und Verhaltensstrukturen in der großen Mehrheit der Bevölkerung (politische Richtungen, Interessen-Orientierungen, Präferenzen, Konsumverhalten etc.). Die Ähnlichkeit von medialer Basis-Homogenität und homogenem Basis-Bewusstsein in der Bevölkerung kommt aufgrund eines Wechselwirkungsprozesses zustande: Einerseits wird die Medienproduktion aus *ökonomischen* Gründen am homogenen Basis-Bewusstsein der Mehrzahl der Medien-RezipientInnen ausgerichtet, andererseits wird aus *politischen* Gründen eine mediale Basis-Homogenität produziert, die das Basis-Bewusstsein der Bevölkerung erkennbar in weiterem Maße homogenisiert bzw. das schon vorhandene homogene Basis-Bewusstsein festigt bzw. verstärkt. Ein besonderes Kennzeichen dieser medialen „Homogenitäts-Produktion“ ist, dass diese aufgrund der Reichhaltigkeit an formaler Produktdiversifikation als legitimationsstiftende „Vielfalt“ erscheint und damit in der Bevölkerung ein Bewusstsein von als positiv empfundenen „vielfältigen“ Medien erzeugt.

## 6. Möglichkeiten ursachengerechter Konzentrationsbekämpfung – „Begründeter Realismus“ versus „idealistischer Optimismus“

Aus kritisch-wissenschaftlicher Perspektive, in der die Realisierung von Informations- und Meinungsfreiheit sowie von publizistischer Vielfalt für alle in der Gesellschaft vertretenen Interessen durch Medienkonzentration als gefährdet angesehen wird, ergibt sich auf Basis der dargestellten Konzentrationstheorie zusammenfassend eine Reihe „niederschmetternder“ realitätsbezogener Erkenntnisse:

- Es gibt weltweit eine empirisch belegte, reale ökonomische und publizistische Medienkonzentration in großem Ausmaß.
- Konzentrationsprozesse sind im bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystem zwangsläufig, da Konzentration ein wesentliches Mittel im Konkurrenzkampf um die gesellschaftlich legitimierte maximale Kapitalvermehrung der Medieneigentümer ist.
- Medienkonzentration ist unter den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Bedingungen prinzipiell irreversibel (nicht umkehrbar), insofern im negativen Sinne „nachhaltig“, und wird in Zukunft von den Medienunternehmen mit Hilfe der Staaten und Staatengemeinschaften noch weiter vorangetrieben werden.
- Medienkonzentration wird regelmäßig weltweit durch wechselnde „mainstream“-Wettbewerbstheorien entsprechend dem jeweils er-

reichten Konzentrationsgrad wissenschaftlich in Form von Wettbewerbsideologien legitimiert.

- Unter Berufung auf wissenschaftliche Wettbewerbsideologien betreiben die Staaten und Staatengemeinschaften im Interesse der Medien-eigentümer Konzentrationsförderungs- und Konzentrationslegitimierungspolitik.
- Konzentrationskontrolle wird folgerichtig, ebenfalls entsprechend den Wettbewerbsideologien, politisch gewollt bewusst hauptsächlich im Konzentrations-Interesse der Großunternehmen als weitgehend unwirksam betrieben; unwirksame Konzentrationskontrolle legitimiert Konzentration in den flexiblen Grenzen des jeweils herrschenden Legitimationsrahmens.
- Unter der Bezeichnung „Förderung der internationalen *Wettbewerbsfähigkeit*“ wird real *Konzentrationsfähigkeit* gefördert und legitimiert.
- Selbst eine Begrenzung ökonomischer Konzentration garantiert – entgegen wettbewerbsideologischen Behauptungen – keine publizistische Vielfalt im Sinne von Berücksichtigung vielfältiger gesellschaftlicher Interessen, weil für privatwirtschaftliche Medienunternehmen aus ökonomischen Gründen hauptsächlich ein Konkurrenzkampf mit inhaltlich weitgehend *homogenen* Medienprodukten erfolgsversprechend für die angestrebte Profitmaximierung ist; zusätzlich erfüllen nur weitgehend homogene Medienprodukte ohne systemkritische Inhalte die für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Kapitalismus existenznotwendigen Integrations- und Stabilisierungsfunktionen.
- „Konzentrations-Bekämpfer“ findet man in Wissenschaft, Politik, Kultur und Medienpraxis nur äußerst selten, wenn, dann vereinzelt und eher abstrakt als praktisch-politisch, fast nur als moralisch-appellierende „Konzentrationskritiker“; ein aktives Engagement als konsequente „Konzentrations-Bekämpfer“ erscheint angesichts fehlender Ressourcen-, Macht- und gesellschaftlicher Mobilisierungspotentiale verständlicherweise als aussichts- und hoffnungslos.

„Die Frage der Pressekonzentration ist deshalb so wichtig und brisant, weil sie die privatwirtschaftliche Ordnung unseres Pressewesens von ihren Grundlagen und theoretischen Voraussetzungen her in Frage stellt. An der Frage der Konzentration könnte sich möglicherweise herausstellen, daß wirtschaftliche und geistige Freiheit in einer kapitalistischen Gesellschaft in unlösbarem Widerspruch stehen.“ (Stammler 1971: 75)



Derartig „harte“ Feststellungen sind nicht als deterministisch, pessimistisch, fatalistisch oder resignativ abzuwerten, sondern schaffen Klarheit für wissenschaftlich sachgerechte Überlegungen zu Vorschlägen zur „Konzentrations-Bekämpfung“ und deren Verwirklichungschancen. Wissenschaftlich sachgerecht heißt: „Therapie“-Vorschläge *ursachengerecht* auf Basis einer empirisch fundierten Theorie unter Berücksichtigung von Macht-, Ressourcen- und Mobilisierung-Potentialen zu entwickeln. Auf der Basis einer historisch-materialistisch orientierten kritisch-empirischen Konzentrationstheorie im Rahmen einer Kritik der politischen Ökonomie der Medien kann die Frage nach Möglichkeiten der Konzentrationskontrolle bzw. -„bekämpfung“ – zur Vermeidung von wissenschaftlich nicht gerechtfertigten Hoffnungen, Wunschenken oder Illusionen – nicht idealistisch oder voluntaristisch beantwortet werden. Dies widerspricht dem zugrundeliegenden Streben nach wissenschaftlicher Erkenntnis, Verantwortlichkeit und „Brauchbarkeit“ von Theorien für die gesellschaftliche Praxis.

In den hochkonzentrierten Macht-Kreisen von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft erzeugt erfahrungsgemäß eine derartige „radikale“ Konzentrationstheorie, die aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wenig Aussicht auf „Reform-Hoffnungen“ gewähren kann, Abwehr-Reaktionen bei denjenigen, die als aktive Konzentrationsförderer diese Konzentrationstheorie zwar vermutlich im Prinzip für realistisch halten, sie aber wegen ihres (system)kritischen Impetus als gegen ihre Interessen gerichtet ablehnen. „Radikale“ Konzentrationstheorie wird deshalb von Seiten der wirtschaftlichen und politischen Machthaber nicht beachtet, „totgeschwiegen“ oder als „systemgegnerisch“ ausgegrenzt oder difamiert. Abneigung und Abwehr erkennt man aber bedauerlicherweise oftmals auch bei denjenigen, die zwar dieser Theorie „im Prinzip“, vor allem auch hinsichtlich ihres „kritischen Potentials“ zustimmen, aber sie wegen ihres mangelnden „positiven Veränderungs-Potentials“ kritisieren. Von beiden Seiten wird deshalb häufig zu Unrecht der Vorwurf des „Determinismus“, „Kulturpessimismus“ oder „Dogmatismus“ erhoben, in Wissenschaftler-Kreisen hauptsächlich gegenüber „marxistischen Manipulationstheorien“ oder gegenüber der von Horkheimer/Adorno (1947) auf die Medienindustrie bzw. Kulturindustrie angewandten „Kritischen Theorie“.

In der Kommunikationswissenschaft, vor allem im Rahmen der Teildisziplin Medienökonomie, wurde in den vergangenen Jahren das Wissen und das kritische Bewusstsein zur „Ökonomisierung der Medienindustrie“ (Jarren/Meier 2001) und zur Problematik der Medienkonzentration (erneut) verbreitert und vertieft. Bemerkenswert ist, dass in diesem Kontext das Bewusstsein über den Zusammenhang von Medien und Kapitalismus (Kiefer 2004a; Knoche 2001, 2005; Meier 2003; Prokop 2000) gewachsen ist und damit auch die Erkenntnis der *Zwangsläufigkeit* von fortschreitender Ökonomisierung und Konzentration

der Medienindustrie. In aller Deutlichkeit heißt es dazu zum Beispiel: „Eingespant in die Verwertungsmaschinerie von Medienprodukten, die auf multimediale und internationale Wertschöpfungspotenziale hin entwickelt werden, stehen die Privatfernsehsender bei diesen Formaten weder im Dienst der Zuschauer, auch nicht primär in dem der Werbewirtschaft und schon gar nicht im Dienst eines Kultur- oder Programmuftrags, sondern einzig und allein im Dienst der Renditeziele des Konzerns.“ (Kiefer 2004b: 564) Prognostiziert wird eine weitere Zunahme der Konzentration im Medienbereich, „wobei die Politik dagegen weitgehend machtlos bleibt.“ (Kiefer 2004b: 566)

Auf Basis einer international vergleichenden Untersuchung (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, USA) wurde festgestellt (Knoche/Zerdtick 2002: 184ff.), dass in allen untersuchten Ländern die gesetzlichen Grundlagen zur Konzentrationskontrolle ähnlich (harmlos) gestaltet sind und die daran ausgerichtete Fusionskontrolle in der Praxis weitgehend wirkungslos ist. Damit konnte auch die Behauptung deutscher Großverleger widerlegt werden, dass es in Deutschland im Vergleich zum Ausland „Benachteiligungen“ wegen erhöhter „Behinderung“ von Konzentrationsaktivitäten durch das Kartellrecht gäbe. Dieses Untersuchungsergebnis wurde vom Auftraggeber der Untersuchung, dem Wirtschaftsministerium der rot-grünen deutschen Bundesregierung, offensichtlich bei der 2004 vorgelegten, deutlich konzentrationsfördernden Kartellrechtsnovelle nicht beachtet, ebenso wenig wie ein kritisches Sondergutachten der Monopolkommission (2004) sowie die Ablehnungen bzw. Proteste des Bundesrates, des Bundeskartellamtes, von allen Parteien, Gewerkschaften, Journalisten-Organisationen und eines Teils der Verlegerschaft. Der von der Regierung gewollte „Paradigmenwechsel im Kartellrecht“ (Röper 2004c: 11), der allerdings bislang nicht gesetzlich vollzogen wurde, entspricht weitgehend den Konzentrationsinteressen von großen und mittelgroßen Verlagen.

Mit der Entwicklung einer kritisch-empirischen Konzentrationstheorie ist ein wissenschaftliches Grundsatzproblem berührt (Knoche 2005: 431): Einerseits wollen insbesondere kritische WissenschaftlerInnen im Kapitalismus nicht ohne Hoffnung auf Veränderung leben und dementsprechend ihre wissenschaftlichen Theorien „hoffnungsvoll“ gestalten. Andererseits ist es meines Erachtens wissenschaftlich nicht vertretbar, Hoffnungen zu nähren, die aufgrund der kritischen „materialistischen“ Analyse nicht gerechtfertigt sind und sich folglich als „Illusion“ erweisen (können). Der vereinzelte „Kampf“ gegen Medienkonzentration ist bislang offensichtlich vergebens und aussichtslos geblieben, unter anderem auch deshalb, weil er zum Beispiel auf der Basis (alt)liberaler Wettbewerbs-„Ideale“ geführt wurde. Wie aussichtsreich ein derartiger „Kampf“ wirklich sein kann, lässt sich jedoch am ehesten auf der Basis eines „begründeten Realismus“ einschätzen, weil damit unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Macht-, Herrschafts- und Kräfteverhältnisse realitäts- und ursachengerechte

„Therapie“-Vorschläge entwickelt werden können. Auf diese Weise kann aufgezeigt werden, wie unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen mit welchen Zielen und Mitteln dieser „Kampf“ geführt werden müsste, um eine „radikale“ (an den Wurzeln ansetzende) Veränderung der kritisierten gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen.

Von entscheidender Bedeutung für die Formulierung realitätsgerechter Vorschläge oder Forderungen zur „Konzentrationsbekämpfung“ ist nicht zuletzt eine fundierte Theorie hinsichtlich der *Ursachen* der Medienkonzentration (Knoche 2004: 158). Ohne Kenntnis der realen, empirisch belegbaren Ursachen der Medienkonzentration könnten wohlmeinende (wissenschaftliche) „Konzentrations-Bekämpfer“ unter Umständen sogar Regulierungen vorschlagen, die, selbst wenn sie verwirklicht würden, Konzentration nicht verhindern können, sondern sie im Gegenteil verstärken. WissenschaftlerInnen, die Konzentration in „idealistischem Optimismus“ bekämpfen wollen, laufen Gefahr, von Konzentrationsbetreibern nicht beachtet, als „unrealistisch“ belächelt, eingebunden oder benutzt zu werden. Das bedeutet andererseits, dass bei Kenntnis der Ursachen der Medienkonzentration und unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Machtverhältnisse es kaum Möglichkeiten gibt, wissenschaftlich begründete, realitäts- und ursachengerechte „Konzentrations-Bekämpfungs-Maßnahmen“ zu finden.

Wie schon in der Vergangenheit, so gilt heute und höchstwahrscheinlich auch noch in nächster Zukunft die realistische, nüchterne Feststellung von Lange (1973: 338), dass für Reformvorschläge zur „Bekämpfung“ von Pressekonzentration, die das bestehende Mediensystem überwinden wollen, das Problem der politischen Realisierbarkeit eine zentrale Frage ist. Auf der Basis einer Systematisierung einer Vielzahl von konkreten Regelungsvorschlägen – wie Auflagen-/Marktanteilsbegrenzung, Fusionskontrolle, Entflechtung, Anzeigenpool, Mitbestimmung, Innere Pressefreiheit, Presseausschüsse, Stiftung, Sozialisierung, öffentlich-rechtliche Presse etc. – machte schon Lange auf das grundsätzliche Dilemma von zwei Arten von Reformvorschlägen aufmerksam:

- Reformvorschläge, die zwar grundsätzlich politisch realisierbar sind, aber an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern, sondern eher zu ihrer Verschleierung benutzt werden, oder
- Vorschläge, „die die privatwirtschaftliche Struktur und die negativen Auswirkungen der Konzentration der Presse wirklich überwinden: Vorschläge, von denen man weiß, dass sie heute und wohl auch morgen nicht realisiert werden“.

Ähnlich realistisch ist die aktuellere Einschätzung, dass „die neuen transnationalen Akteure von ihrer Größe her, aber auch wegen der spezifisch aggressiven

Politik mancher Mogule, kaum mehr kontrollierbar (sind). Überstaatliche Regelwerke, die wirtschaftliche Aktivitäten großer Medienunternehmen kontrollieren könnten, gibt es bislang nicht.“ (Kleinsteuber/Thomaß 1996: 144) Im Kontrast zu ihren realistischen Einschätzungen der Konzentrationsentwicklung, des Ausmaßes der internationalen Medienkonzentration und der aufgrund der wirtschaftlich-politischen Machtverhältnisse als gering erachteten Chancen für eine wirksame Konzentrationskontrolle stellen Kleinsteuber/Thomaß (2004: 156f.) etwas unvermittelt eine Reihe von Konzentrationskontrollen als „Muss“ in den Raum. Sie sehen dabei auch eine Chance für den Public-Service-Rundfunk, sich neue Legitimation als ein Gegengewicht „zu den globalen Medienhäusern und vor allem gegen umtriebige Medienmogule“ zu verschaffen. Schließlich sehen sie die Zivilgesellschaft gefordert, selbst verstärkt ihre Medienversorgung mit Bürgermedien im Non-Profit-Bereich zu organisieren.

Als realistisch erscheint mir mehr denn je Langes Feststellung von 1973: Die Chancenlosigkeit einer grundsätzlichen Veränderung der Machtverhältnisse in Anbetracht der Erfahrungen mit den vergeblichen Versuchen der Bekämpfung der Konzentration in der Wirtschaft, weil die Pressekonzentration „vornehmlich den Kapitalverwertungsinteressen der Verlage und dem Interesse der gesamten Wirtschaft an der Aufrechterhaltung der Funktion der Presse als Instrument im Dienste der Legitimation des kapitalistischen Wirtschaftssystems“ (Lange 1973: 338) dient.

In „guter“ Wissenschaftler-Manier wollte Lange offenbar dennoch nicht sich und seine LeserInnen in Pessimismus und Resignation versinken lassen, sondern ließ einen Hoffnungsschimmer aufscheinen:

„Derartige ‚Realutopien‘ sind trotzdem nicht sinnlos, weil sie bewusstseinsverändernd wirken können, indem sie Konfliktpotential in den bestehenden Presseorganisationen mobilisieren.“ (Lange 1973: 338)

Nicht einmal diese bescheidene Hoffnung hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten nur im Ansatz irgendwo auf der Welt erfüllt, obwohl Vorschläge zur Konzentrationskontrolle kurzzeitig vehement von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und WissenschaftlerInnen eingebracht wurden. Auch dies zur Kenntnis zu nehmen und als empirisches Element einer kritisch-empirischen Konzentrationstheorie (und Konzentrationskontrolle-Theorie) zu begreifen, gehört meines Erachtens zu einer verantwortlichen wissenschaftlichen Tätigkeit unter Vermeidung von Ideologien, Illusionen und Voluntarismus. Und dies auch auf die Gefahr hin, deshalb fälschlicherweise als hoffnungsloser „Kulturpessimist“ oder gar „Apokalyptiker“ zu gelten, nicht aber als „Realist“, dem es schwer fällt, auf Basis einer kritisch-empirischen Konzentrationstheorie unter den gegebenen

Herrschafts- und Machtverhältnissen eines globalen Kapitalismus realistisch-hoffnungsvolle „Reform“-Vorschläge für wirkungsvolle „Konzentrations-Bekämpfung“ zu entwickeln.

### Literatur

- Hachmeister, Lutz/Günther Rager (Hrsg.) (2002): Wer beherrscht die Medien? Die 50 größten Medienkonzerne der Welt. Jahrbuch 2003, München.
- Herdzina, Klaus (1999): Wettbewerbspolitik, 5., vollständig überarbeitete Aufl., Stuttgart.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (1947): Dialektik der Aufklärung, Amsterdam.
- Huffs Schmid, Jörg (1969): Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main.
- Huffs Schmid, Jörg (1992): Wettbewerb oder Wettbewerbsfähigkeit? Brisante Wandlung eines wirtschaftspolitischen Imperativs, in: A. Schikora/A. Fiedler/E. Hein (Hrsg.) (1992): Politische Ökonomie im Wandel. Festschrift für Klaus Peter Kisker, Marburg: 97-110.
- Jarren, Otfried/Werner A. Meier (Hrsg.) (2001): Ökonomisierung der Medienindustrie: Ursachen, Formen und Folgen, Medien & Kommunikationswissenschaft 2001/2.
- Kiefer, Marie Luise (2004a): Medien und neuer Kapitalismus, in: G. Siegert/F. Lobigs (Hrsg.) (2004): Zwischen Marktversagen und Medienvielfalt. Medienmärkte im Fokus neuer medienökonomischer Anwendungen. Baden-Baden: 169-183.
- Kiefer, Marie Luise (2004b): 20 Jahre privater Rundfunk in Deutschland. Versuch einer Bestandsaufnahme aus medienökonomischer Perspektive, in: Media Perspektiven 2004/12: 558-568.
- Kisker, Klaus Peter (2000): Kapitalkonzentration und die Rolle des Staates im Zeitalter der Globalisierung, in: J. Bischoff/P. Boccara/K. G. Zinn u.a. (Hrsg.) (2000): Die Fusions-Welle. Die Großkapitale und ihre ökonomische Macht, Hamburg: 75-99.
- Kleinsteuber, Hans J./Barbara Thomaß (1996): Konkurrenz versus Konzentration. Unternehmensverflechtungen im globalen Medienmarkt, in: M. Meckel/M. Kriener (Hrsg.) (1996): Internationale Kommunikation. Eine Einführung, Opladen: 125-144.

- Kleinsteuber, Hans J./Barbara Thomaß (2004): Medienökonomie, Medienkonzerne und Konzentrationskontrolle, in: K.-D. Altmeppen/M. Karmasin (Hrsg.) (2004): Medien und Ökonomie. Band 2: Problemfelder der Medienökonomie. Lehrbuch, Wiesbaden: 123-158.
- Knoche, Manfred (1996a): Konzentrationsboom und Forschungsdefizite. Von der Presse- zur Medienkonzentrationsforschung, in: K.-D. Altmeppen (Hrsg.) (1996): Ökonomie der Medien und des Mediensystems. Grundlagen, Ergebnisse und Perspektiven medienökonomischer Forschung, Opladen: 101-120.
- Knoche, Manfred (1996b): Konzentrationsförderung statt Konzentrationskontrolle. Die Konkordanz von Medienpolitik und Medienwirtschaft, in: C. Mast (Hrsg.) (1996): Markt - Macht - Medien. Publizistik im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Verantwortung und ökonomischen Zielen, Konstanz: 105-117.
- Knoche, Manfred (1997a): Medienkonzentration und publizistische Vielfalt. Legitimationsgrenzen des privatwirtschaftlichen Mediensystems, in: R. Renger/G. Siegert (Hrsg.) (1997): Kommunikationswelten. Wissenschaftliche Perspektiven zur Medien- und Informationsgesellschaft, Innsbruck/Wien: 123-158.
- Knoche, Manfred (1997b): Medienpolitik als Konzentrationsförderungs politik. Auch Österreich tappt in die Privatisierungsfalle, in: Medien Journal 1997/3: 14-25.
- Knoche, Manfred (2001): Kapitalisierung der Medienindustrie aus politökonomischer Perspektive, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 2001/2: 177-194.
- Knoche, Manfred (2002): Kommunikationswissenschaftliche Medienökonomie als Kritik der Politischen Ökonomie der Medien, in: G. Siegert (Hrsg.) (2002): Medienökonomie in der Kommunikationswissenschaft. Bedeutung, Grundfragen und Entwicklungsperspektiven. Manfred Knoche zum 60. Geburtstag, Münster/Hamburg/London: 101-109.
- Knoche, Manfred (2004): Konkurrenz, Konzentration und Regulierung in der Medienindustrie, in: M. Friedrichsen/W. Seufert (Hrsg.) (2004): Effiziente Medienregulierung. Marktdefizite oder Regulierungsdefizite?, Baden-Baden: 157-171.



- Knoche, Manfred (2005): Medienökonomische Theorie und Ideologie im Kapitalismus. Einige zitaten gestützte Überlegungen zu Marie Luise Kiefers "Medienökonomik" aus der Sicht einer Kritischen Politischen Ökonomie der Medien, in: C.-M. Ridder/W. R. Langenbucher/U. Saxer/C. Steininger (Hrsg.) (2005): Bausteine einer Theorie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Festschrift für Marie Luise Kiefer, Wiesbaden: 406-435.
- Knoche, Manfred/Axel Zerdick (2002): Vergleich der kartellrechtlichen Regelungen und ihrer Rechtsanwendung für Fusionen und Kooperationen im Bereich Presse und Pressegroßhandel in Europa und den USA, Unveröffentl. Forschungsbericht, Salzburg/Berlin.
- Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) (Hrsg.) (2004): Sicherung der Meinungsvielfalt in Zeiten des Umbruchs. Bericht der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) über die Entwicklung der Konzentration und über Maßnahmen zur Sicherung der Meinungsvielfalt im privaten Rundfunk. Konzentrationsbericht der KEK nach § 26 Abs. 6 RStV (Zweiter Konzentrationsbericht), Berlin.
- Lange, Bernd-Peter (1973): Regelungsvorschläge zur Bekämpfung fortschreitender Konzentration im Pressewesen. Darstellung und Kritik, in: J. Aufermann/H. Bohrmann/R. Sülzer (Hrsg.) (1973): Gesellschaftliche Kommunikation und Information. Forschungsrichtungen und Problemstellungen. Ein Arbeitsbuch zur Massenkommunikation I, Frankfurt am Main: 315-340.
- Meier, Werner A. (2003): Politische Ökonomie, in: K.-D. Altmeppen/M. Karmasin (Hrsg.) (2003): Medien und Ökonomie. Band 1/1: Grundlagen der Medienökonomie: Kommunikations- und Medienwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Wiesbaden: 215-243.
- Meier, Werner A./Josef Trappel (2002): Media Governance: Wirkungsvolles Instrument zur gesellschaftlichen Debatte von Medienkonzentration und Medienmacht?, in: Medienwissenschaft Schweiz 2002/1: 66-73.
- Monopolkommission (Hrsg.) (2004): Das allgemeine Wettbewerbsrecht in der Siebten GWB-Novelle. Die Pressefusionskontrolle in der Siebten GWB-Novelle. Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 44 Abs.1 Satz 4 GWB, Baden-Baden.
- Offe, Claus (1972): Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie, Frankfurt am Main.

- Prokop, Dieter (2000): Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung, Hamburg.
- Röper, Horst (2004a): Formationen deutscher Medienmultis 2003. Entwicklungen und Strategien der größten deutschen Medienunternehmen, in: Media Perspektiven 2004/2: 54-80.
- Röper, Horst (2004b): Bewegung am Zeitungsmarkt. Daten zur Konzentration der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland im I. Quartal 2004, in: Media Perspektiven 2004/6: 268-283.
- Röper, Horst (2004c): Zeitungsmarkt in der Krise - ein Fall für die Medienregulierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) 2004/B12-13: 7-13.
- Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation: die politische Konstitution des Marktes, Münster.
- Schneider, Beate/Walter J. Schütz (2004): Zeitungsstatistik von 14 europäischen Ländern im Vergleich, in: B. Schneider/W. Schütz (Hrsg.) (2004): Europäische Pressemärkte. Annäherungen an eine länderübergreifende Zeitungsstatistik, Wien: 67-93.
- Sjurts, Insa (2004): Think global, act local - Internationalisierungsstrategien deutscher Medienkonzerne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament) 2004/B12-13: 22-29.
- Stammler, Dieter (1971): Die Presse als soziale und verfassungsrechtliche Institution. Eine Untersuchung zur Pressefreiheit nach dem Bonner Grundgesetz, Berlin.
- Trappel, Josef/Werner A. Meier (2002): Gesellschaftliche Folgen der Medienkonzentration aus medienökonomischer und publizistikwissenschaftlicher Perspektive, in: Medienwissenschaft Schweiz 2002/1: 56-65.
- Vogel, Andreas (2004): Konsolidierte Großkonzerne bereit zu erneutem Wachstum. Daten zum Markt und zur Konzentration der Publikumspresse in Deutschland im I. Quartal 2004, in: Media Perspektiven 2004/7: 322-338.
- Welteke, Marianne (1976): Theorie und Praxis der Sozialen Marktwirtschaft. Einführung in die politische Ökonomie der BRD, Frankfurt am Main/New York.



---

Zerdick, Axel (1980): Konkurrenzstrategien als Ansatz für die Erfassung ökonomischer und publizistischer Konzentration, in: S. Klaue/M. Knoche/A. Zerdick (Hrsg.) (1980): Probleme der Pressekonzentrationsforschung. Ein Experten-Colloquium an der Freien Universität Berlin, Baden-Baden: 203-212.

# Medien & Politik

herausgegeben von

Hans J. Kleinsteuber

in Zusammenarbeit mit der  
Arbeitsstelle Medien und Politik

an der Universität Hamburg

Band 29

Petra Ahrweiler / Barbara Thomaß (Hg.)

# Internationale partizipatorische Kommunikationspolitik

Strukturen und Visionen

Festschrift zum 60. Geburtstag von  
Hans J. Kleinsteuber

---

LIT

---

LIT

Umschlagbild: Sara Nofri

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 3-8258-9135-6

© LIT VERLAG Münster 2005

Grever Str./Fresnostr. 2 48159 Münster

Tel. 0251-620320 Fax 0251-231972

e-Mail: [lit@lit-verlag.de](mailto:lit@lit-verlag.de) <http://www.lit-verlag.de>